

Absender

.....  
.....  
.....

An

.....  
.....  
.....

(zuständige Personalstelle)

Datum

### Höhe meiner Besoldung/Versorgung wegen nicht amtsangemessener Alimentation

Sehr geehrte Damen und Herren,  
hiermit lege ich gegen die mir im Jahr 2018 gewährte und meine laufende Besoldung/Versorgung

#### **Widerspruch**

ein.

Vorsorglich weise ich darauf hin, dass ich einen derartigen Antrag auch schon am ..... für das Jahr 2017\*) gestellt habe.

Zur Begründung nehme ich Bezug auf die Vorlagebeschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.09.2017 (BVerwG 2 C 56.16; BVerwG 2 C 57.16; BVerwG 2 C 58.16; BVerwG 2 C 4.17; BVerwG 2 C 5.17; BVerwG 2 C 6.17; BVerwG 2 C 7.17; BVerwG 2 C 8.17).

Nach Überzeugung des Bundesverwaltungsgerichtes war die Besoldung der Beamten des Landes Berlin in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12 in den Jahren 2008 bis 2015 in verfassungswidriger Weise zu niedrig bemessen, für die Richterbesoldung in den Besoldungsgruppen R 1 bis R 3 gilt dies jedenfalls für die Jahre 2009 bis 2015. Deshalb hat das Bundesverwaltungsgericht dem Bundesverfassungsgericht insgesamt acht Verfahren zur Besoldung im Land Berlin zur Entscheidung vorgelegt.

Ich muss davon ausgehen, dass der Berliner Gesetzgeber auch bei der Festlegung der Höhe der Besoldung/ Versorgung für die Jahre nach 2015 die absolute Untergrenze einer verfassungsgemäßen Alimentation unterschritten hat. Das gilt wegen des Abstandsgebotes auch für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16. Ich verweise insoweit auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 11. Oktober 2017 – OVG 4 B 33.12 und OVG 4 34.12.

Aus diesem Grund gehe ich davon aus, dass auch meine Besoldung/Versorgung seit dem 1. Januar 2018 nicht dem verfassungsrechtlich gebotenen Grundsatz der amtsangemessenen Alimentierung entsprochen hat bzw. immer noch nicht entspricht.

Mir ist bekannt, dass eine Vielzahl gleichartiger Widersprüche anhängig sind. Ich bitte um Aussetzung der Entscheidung über meinen Widerspruch, bis die sogenannten „Musterverfahren“ durch das Bundesverwaltungsgericht bzw. durch das Bundesverfassungsgericht rechtskräftig entschieden sind. Da derartige Verfahren erfahrungsgemäß sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, bitte ich außerdem, dass mir gegenüber auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird.

Bitte übersenden Sie mir zunächst eine Eingangsbestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

.....

Unterschrift

\*) Nichtzutreffendes bitte streichen.